



Jean Wätzig, Lucy Herrmann und Melina Lange (von links), alle 15, haben viele Interessen – nur politisch aktiv waren sie bisher noch nicht ...

Drei gegen Maier

Ausgerechnet der AfD-Politiker Jens Maier darf entscheiden, welche von drei Schülerinnen ein Stipendium für die USA bekommt. Die Mädchen wehren sich dagegen, mit tatkräftiger Hilfe. Ist es okay, Jugendliche eine politische Grundsatzfrage klären zu lassen? VON VALERIE SCHÖNIAN

Drei Schülerinnen in einem Café in der Dresdner Altstadt: Vor ihnen eine Trinkschokolade und zwei Mango-Chai, hinter ihnen sechs Wochen, in denen sie von Konkurrentinnen zu Gefährtinnen wurden und: zu politischen Aktivistinnen.

Melina Lange, Lucy Herrmann und Jean Wätzig sind 15 Jahre alt, sie besuchen drei verschiedene Dresdner Gymnasien, tragen rote Fingerringe oder silberne Blütenohrringe, lachen viel und erzählen wild. Nur auf die Frage, ob sie mal gezwweifelt hätten an dem, was sie in den vergangenen Wochen getan haben, sagen sie nicht mehr als ein, zwei Worte: »Nein.« Oder: »Eigentlich nicht.« Die drei Mädchen haben viele Interessen. Tanzen, Cello oder Klavier spielen, Rettungsschwimmen, Unterwasser-Rugby. Nun kam ein neues hinzu, das bislang keine von ihnen hatte. Politik. Der Grund dafür ist Herr Maier, Jens Maier von der AfD. Melina sagt: »Ich brauche nichts vom Bundestag, wenn ich dafür mit ihm zusammenarbeiten muss.«

Zusammenarbeiten, mit Jens Maier?

Ja: Melina, Lucy und Jean hatten sich jeweils um ein Stipendium des Bundestages beworben, für einen

elfmonatigen Auslandsaufenthalt in den USA. Nur eine von ihnen hätte es bekommen sollen. Wer, das entscheidet in jedem Wahlkreis ein örtlicher Bundestagsabgeordneter. In Dresden war in diesem Jahr Jens Maier zuständig. Der frühere Richter ist bundesweit bekannt geworden, weil er in einer Rede vom »Schuld-kult« um das NS-Regime sprach. Anfang Januar machte er durch einen rassistischen Tweet über Noah Becker von sich reden, der über seinen Twitter-Account gendert wurde. Jens Maier ist es gewohnt, in der Öffentlichkeit zu provozieren, sich nicht von Konventionen einschüchtern zu lassen. Und nun hat er, ausgerechnet, mit drei Schülerinnen Probleme bekommen.

Es ist knapp vier Wochen her, dass Melina, Lucy und Jean schon einmal hier zusammensaßen. Da haben sie eine Stellungnahme erarbeitet, eine halbe Seite lang, die sie nach Berlin schickten. Darin erklären sie, dass sie ihr Stipendium nicht annehmen würden, egal wer von ihnen ausgewählt werde: »Nach reiflicher Überlegung sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass wir nicht die »Patenkinder« von MdB Jens Maier im Rahmen des PPP-Stipendiums sein möchten.« Sie hätten Sorge, für »die Interessen der AfD instrumentalisiert« zu werden. Drei Mädchen halten zusammen, im Kampf gegen einen besonders radikalen Vertreter der

AFD. Man kann wohl sagen: Hier, am Cafétisch in Dresden, traf die veränderte Parlamentsrealität der Bundesrepublik Deutschland auf das echte Leben. Hier suchten drei junge Frauen eine eigene Antwort auf die Frage, die viele sich stellen: Was macht man mit der AfD? Wie umgehen mit dieser Partei? Wird das leichter oder schwieriger, je etablierter sie ist? Und steht man, nur weil man sich gegen die AfD engagiert, automatisch auf der richtigen Seite?

Lucy, Melina und Jean konnten sich bis vor wenigen Wochen nicht – bis sie sich jeweils für das sogenannte Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages bewarben. Das PPP finanziert jedes Jahr einem Schüler oder einer Schülerin ein Auslandsjahr in den USA, umgekehrt kommen Jugendliche aus den USA nach Deutschland, schon seit 1983. Schirmherr ist der Bundestagspräsident. Es geht um interkulturellen Austausch, die Verständigung zwischen den Völkern. Das Stipendium zu bekommen ist nicht einfach. In diesem Jahr haben sich allein im Wahlkreis Dresden 21 Schüler beworben, deutschlandweit mehr als 3000. Sie durchlaufen alle ein mehrstufiges Bewerbungsverfahren, bis es drei pro Wahlkreis in die letzte Runde schaffen – jene Runde, in der ein Bundestagsabgeordneter aus den Finalisten den Stipendiaten aus-

wählt. Und nicht nur das: Dieser Abgeordnete wird den Schülern während des Jahres als Pate an die Seite gestellt, er kommt aus ihrem Wahlkreis. In 35 Jahren gab es mit diesem Verfahren keine größeren Probleme. Bis die AfD in den Bundestag einzog.

Grundsätzlich, da sind die Richtlinien des PPP eindeutig, hat jeder Bundestagsabgeordnete das Recht, sich in seinem Wahlkreis als Pate zu engagieren. Bewerber sich mehrere Abgeordnete, bekommt derjenige den Zuschlag, der noch nie Pate war. Was auf alle AfD-Abgeordneten des Bundestages zutrifft – und so oben auch auf Jens Maier.

Wenn die drei Mädchen erzählen, warum sie es ablehnten, von Jens Maier beurteilt zu werden – dann rasen die Worte nur so über ihre Lippen. Melina sagt: »Ich begreife nicht, wie man Sachen wie Maier sagen kann. So viele Deutsche waren selbst Flüchtlinge!« Jean sagt: »Es ist doch so verständlich, dass Menschen mit ihren Kindern in ein friedliches Gebiet fliehen. Wir sollten ihnen helfen!« Lucy sagt: »Uns geht es so gut! Und da gibt es Menschen, die einfach hierherkommen, um nicht sterben zu müssen!« Sie sagt auch: »Hätte eine von uns Sachen gesagt, wie Herr Maier sie gesagt hat: Nie hätte sie das Stipendium bekommen!«

Drei Schülerinnen wehren sich dagegen, von einem AfD-Mann beurteilt zu werden, das ist eine bemerkenswerte Geschichte von jungem Engagement. Einerseits. Andererseits ist das nur die einfache Sicht auf die Geschehnisse. Aber weil fast nichts im Leben so einfach ist, wie es zunächst scheint, ist es das auch in dieser Geschichte nicht.

Denn es sind ein paar Dinge passiert, die sich die drei gemeinsam gegen Jens Maier stellen. Die Erwachsenenwelt hat ein bisschen nachgeholfen, wenn man so will. Wie genau, das erzählt Knut Möller von sich aus, ganz offen. Denn er ist stolz auf das, was passiert ist. Für ihn ist das »ein kleiner Triumph der Zivilgesellschaft über Rassismus.«

Knut Möller ist Geschäftsführer eines Vereins namens Youth For Understanding (YFU). Im Auftrag des Bundestags hat YFU in vielen deutschen Wahlkreisen, so auch in Dresden, die Planung und Abwicklung des PPP übernommen. Als er, Möller, Mitte Dezember erfuhr, dass Jens Maier ein Pate werden sollte, war er geschockt. Nicht in erster Linie, weil Maier in der AfD ist – mit AfD-Leuten, sagt Möller, habe er gerechnet. Aber Maier sei ein besonderer Kaliber. »Herr Maier hat sich mit seinen Äußerungen disqualifiziert, ein Pate für interkul-

ANZEIGE

TAGESSPIEGEL



Ambulante Versorgung – die besten Konzepte Deutschlands

28. Februar 2018, Tagesspiegel-Haus, Berlin

Exzellente Beispiele ambulanter Versorgung

Wie kann die Notfallversorgung weiter verbessert werden? Welche Chancen bietet die digitale Vernetzung für die individuelle Versorgung? Wie kann qualifizierter Nachwuchs, vor allem für die ländlichen Räume, gewonnen und gefördert werden? Wie kann die Gesundheitsversorgung noch

sicherer werden? Zentrale Fragen auf der gesundheitspolitischen Agenda, auf die Vertragsärzte aus ganz Deutschland Antworten haben. Am 28. Februar 2018 bewerben sich 25 ambulante Versorgungskonzepte in fünf Kategorien um den Titel »Ausgezeichnete Gesundheit 2018«.

Das Expertenpublikum kürt die für die Patientenversorgung wertvollsten Projekte. Anschließend diskutieren Entscheider, Praktiker und Wissenschaftler aus dem Gesundheitssektor über neue Ansätze, innovative Projekte und anstehende Regularierungen in der ambulanten Versorgung.

 Andreas Gassen Vorstandsvorsitzender, KVZ (Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung)	 Harry Glawe Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit, Mecklenburg-Vorpommern	 Dirk Heinrich Präsident, Deutscher Berufsverband der HNO-Ärzte e.V.	 Stephan Hofmeister Stv. Vorstandsvorsitzender, KVZ	 Max Kaplan Vizepräsident, Bundesärztekammer	 Georg Kippels Mitglied des Deutschen Bundestages
 Manfred Lucha Minister für Soziales und Integration, Baden-Württemberg	 Walter Plassmann Vorstandsvorsitzender, KV Hamburg	 Cornelia Prüfer-Storcks Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg	 Bernhard Rohleder Hauptgeschäftsführer, Bikem e.V.	 Matthias Schrappe Vorstandsmitglied, Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung	 Karin Stötner Patientenbeauftragte Berlin

Informationen und Anmeldung: www.ausgezeichnete-gesundheit.com

Mit Unterstützung von:



Maier hoch drei

Ein Besucher, der sich nicht ankündigt, kann zweierlei im Sinn haben. Entweder handelt es sich um einen sehr geschätzten Freund, der einen – zur gegenseitigen Freude – überrascht. Oder es handelt sich um jemanden, der einen überrumpeln will.

Beim Landesparteitag der Sachsen-AfD in Hoyerswerda am vergangenen Wochenende war Pegida-Chef Lutz Bachmann der Überraschungsgast. Er kam am Sonntag einfach mal eben vorbei. Stand dann auf einer Empore, erstaunlich unauffällig, so als ob es gar keine Sensation wäre. Als ob er da hingehöre, eben weil er ein so geschätzter Freund ist. Dabei hatten sich Pegidisten und die AfD-Führung in Sachsen bislang wenig zu sagen, waren Kooperationen der AfD mit Pegida sogar offiziell untersagt. Frauke Petry, die frühere Chefin der Partei, hatte nie etwas mit Lutz Bachmann anfangen können. Wollte der nun, mit seiner Überrumpelungs-Überaschung, einfach mal klarmachen, wer der neue Star im rechtspopulistischen Lager ist?

Jörg Urban jedenfalls, der frisch gewählte neue Landesprecher – und damit offizielle Petry-Nachfolger in Sachsen – hat sich für eine Öffnung gegenüber Pegida ausgesprochen. Wenn er auch beteuert: »Ich wusste vorab nichts von dem Besuch. Lutz Bachmann war kein geladener Gast. Aber wir würden ihn im Leben nicht rauschmeißen.«

Es hat sich also einiges verändert in der sächsischen AfD. Und es darf erwartet werden, nach diesem Parteitag erst recht, dass sich einiges noch ändern wird. Das die Frage, wie mit dieser Partei umzugehen ist, immer wieder von Neuem aufkommen wird. Dass sie immer dringlicher wird, je mehr die AfD sich etabliert.

Denn Sachsen ist das wichtigste Bundesland für die AfD. Dort will sie im kommenden Jahr bei den Landtagswahlen etwas schaffen, das ihr wohl nirgendwo anders so schnell gelingen kann. Und woran sie selber bis zum vorigen Jahr nicht geglaubt hat. Sie würde gern stärkste Kraft wer-

den. Das ist keine Koketterie, sondern das offizielle Ziel: 30 Prozent plus x. Den Ministerpräsidenten will sie stellen.

Etwas Besonderes war Sachsen für die AfD ja von Beginn an. Hier zog sie 2014, unter Führung Frauke Petrys, erstmals in einen Landtag ein. Auch Alexander Gauland gab später zu, dass erst dieser Wahlerfolg seinen eigenen in Brandenburg möglich gemacht habe. Frauke Petry hatte es vollbracht. Sie war es auch, unter deren Führung Sachsen AfD im vorigen Bundestagswahlkampf stärkste Kraft wurde, mit 27,0 Prozent, ein Zehntelprozentpunkt vor der CDU. Petry war es noch dazu, die das höchste Direktwahlstimmen-Ergebnis in ganz Sachsen erreichte. Und sie war es, die die Partei kurz nach der Wahl verließ und im Bundes- und Landtag ihr eigenes Grüppchen gründete. »Die Blauen« hat sie es genannt.

Wie radikal kann die AfD sein, wenn sie koalitionsfähig werden will?

Seitdem existierte ein Vakuum in der sächsischen AfD. Erst der Parteitag, jetzt am vergangenen Wochenende, sollte es wieder füllen. Und die Frage beantworten: Wofür steht die AfD in ihrem Mutterland, wohin führt ihr Weg? Es ist, so viel Ehrlichkeit muss sein, ein Rätsel geblieben, es sind aber interessante Tendenzen sichtbar geworden.

Zu den Fakten: Jörg Urban, der Petry schon als Fraktionschef im Landtag nachfolgte und nun auch als Landesvorsitzender, ist 53 Jahre alt, Wasserbauingenieur, früher war er Mitglied der Piraten, als Chef des Verbands Grüne Liga Sachsen hat er den Streit um die Waldschlösschenbrücke in Dresden seinerzeit mit angeheizt. Bei der AfD stand er von 2013 an recht treu an der Seite Petrys. Urban fiel weder als Hardliner noch als großer Landtagsredner auf. Er ist der Typ Karriereemmer, der zu einem bestimmten Zeitpunkt deswegen als perfekter Führungskandidat gilt, weil er weder der einen noch der anderen Gruppe bislang negativ aufgefallen war.



... bis sie auf Jens Maier trafen, Bundestagsabgeordneter der AfD. Er hat seinen Wahlkreis in Dresden, wo die Schülerinnen leben

Foto: Clausen/td, Sven Döring für DIE ZEIT, T.O. Mathias Reichardt/td, Zentor/td

turelle Verständigung zu werden», findet Möller. Nun konnte YFU nicht wegen Maier die Richtlinien des Partnerschaftsprogramms verändern. Aber Knut Möller wollte nicht, dass der Abgeordnete unwidersprochen Pate werden kann. Also tat er selbst einiges, um dafür zu sorgen, dass die Mädchen Maier gemeinsam die Stirn bieten.

Zuerst informierte YFU die Familien in allen Wahlkreisen frühzeitig über den Namen des jeweiligen Abgeordneten, der Pate werden soll – normalerweise meldet sich erst der Pate selbst bei den Bewerbern. Das war am 23. Dezember. Lucy Herrmann schrieb mit ihrem Vater daraufhin noch am gleichen Abend eine Mail an Norbert Lammert (CDU), den früheren Bundestagspräsidenten, weil der noch als Schirmherr auf der Homepage des Partnerschaftsprogramms zu finden war. In ihrer Mail fragten sie: »Wie kann denn so ein Mensch, der diese teilweise schon faschistischen Äußerungen von sich gibt, für ein weltoffenes und interkulturelles Austauschprogramm stehen?« Der Vater von Melina, Roland Nagel, schickte Anfang Januar eine Mail direkt an alle Fraktionen des Bundestages, mit Ausnahme der AfD, und an das Bundestagspräsidium. Darin kritisierte Nagel die fehlende »Sensibilität der

Verantwortlichen, die nicht erkannt haben, dass zwischen den Bildungszielen von YFU und den Werten von Herrn Maier WELTEN liegen».

Als Knut Möller und YFU von der Entrüstung in den beiden Familien hörten, brachten sie alle drei Mädchen miteinander in Kontakt. Und: Der Verein versprach den Schülerinnen, dass sie keine Nachteile erleiden müssten, falls sie sich gegen Maier als Pate gemeinsam für die Wehr setzen würden. Das bedeutet konkret: YFU garantierte allen drei Mädchen ein Stipendium, das die Organisation aus anderen Mitteln, wie Spenden, finanzieren würde. Man habe das getan, weil man niemanden für sein Engagement bestrafen wolle, sagt Knut Möller.

Darf man drei Mädchen so zum Widerstand anstiften? In jedem Fall, das kann man sagen, hat die Welt der Erwachsenen die Lösung eines Problems in die Welt dreier Jugendlicher abgeschoben. Am 10. Januar schickten Melina Lange, Lucy Herrmann und Jean Wätzig ihre Stellungnahme ab. Von denen, die im Bundestag davon wussten, ist zu hören, dass man in der Verwaltung ziemlich froh über den Brief gewesen sei. Direkt zitieren lässt sich mit der Aussage niemand, aber: Auf genau so etwas hatte man offenbar gehofft. Bereits im November

hatte es eine Konferenz gegeben mit Bundestagsverwaltung und Austauschorganisationen. Ein Tagesordnungspunkt: der Umgang mit AfD-Abgeordneten, die PPP-Paten werden wollen. Viel kam nicht heraus. Nur, dass man abwarten müsse. Denn die Regeln des Stipendiums sind klar. Gewählt ist gewählt.

Der Brief aber veränderte die Dinge. Denn niemand kann drei 15-Jährige zu einem Paten zwingen, Regeln hin oder her. Aus dem Bundestag heißt es, dass die AfD-Fraktion über die Beschwerde der Schülerinnen informiert worden sei. Es war die gleiche Woche, in der Maier wegen des Noah-Becker-Tweets ohnehin schon unter immensen Druck gestanden hatte. Kurz darauf erklärte Maier, er trete von der PPP-Patenschaft zurück. Auf Nachfrage der ZEIT sagt er: nur aus Zeitgründen. Von den Mädchen aus Dresden und ihrer Aktion habe er noch nie gehört. Ob das stimmt, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei klären. Aber angenommen, Maier hat verzichtet, weil der Druck zu groß war: Ist das dann ein politischer Erfolg?

Knut Möller von der Austauschorganisation sagt, ihm sei klar, dass all das eine Notlösung war; dass man eine grundsätzlichere Antwort auf die Frage finden müsse, wie man im PPP-Programm mit der AfD umgehe. Aus seiner Sicht kann es keine

Lösung sein, die AfD grundsätzlich auszugrenzen – aber Maier sei eben ein besonderer Fall gewesen. Drei weitere AfD-Abgeordnete sind in diesem Jahr PPP-Paten. Über sie sind keine Beschwerden bekannt. Einer von ihnen, Steffen Kotrc aus Brandenburg, hat seine Stipendiatin bereits ausgewählt und ein Foto mit ihr bei Facebook veröffentlicht. Die Stipendiatin habe sich durch ihre überdurchschnittlichen Leistungen hervorgehoben sowie durch »ihr Engagement im heimischen Karnevalsverein« und das damit verbundene »Bewusstsein um lokales Brauchtum und Tradition«.

Die Pressestelle des Bundestags teilt auf Anfrage mit: »Kriterien, die auf die politische oder weltanschauliche Einstellung eines Abgeordneten abstellen«, gebe es nicht, und sie wären außerdem »verfassungsrechtlich nicht unproblematisch«. So sieht es auch die Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen. Nicht einmal sie, eine der ranghöchsten AfD-Kritikerinnen, findet, man hätte Maier die Patenschaft verweigern sollen: »Denn die Richtlinien gelten für alle Abgeordneten, unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit.« Und doch betont Roth, dass es das Recht der Schülerinnen müsse sei, einen Abgeordneten als Paten abzulehnen. Was dann passiere, müsse auch zu-

künftig im Einzelfall entschieden werden. Erst wenn sich die Einzelfälle häufen, so Roth, werde man »möglicherweise« versuchen, »allgemeingültige Regeln aufzustellen, die Kriterien zu präzisieren und die Definition von Spielräumen möglichst klar zu formulieren«.

Es ist wohl so, dass wieder delikate Situationen entstehen werden, wenn Schüler und AfD-Abgeordnete im PPP-Programm aufeinandertreffen. Man wird das Problem nicht ewig von drei Schülern lösen lassen können. Selbst Melina, Lucy und Jean sagen, sie wollten nicht, dass die AfD per se vom PPP-Programm ausgeschlossen werde. Was sie sich also wünschen? »Alle Abgeordneten, die sich beim PPP bewerben, sollten sich auch zu den Zielen bekennen«, sagt Lucy.

Im Wahlkreis Dresden ist jetzt wieder der CDU-Abgeordnete Andreas Lämmel der parlamentarische Pate. Er entscheidet, ob Melina, Lucy oder Jean das PPP-Stipendium bekommt – in die USA reisen werden aber alle drei, so oder so. Auch, irgendwie, dank Jens Maier. Im April will sich die Austauschorganisation YFU noch einmal mit der Bundestagsverwaltung zu dem Thema zusammensetzen – dieses Mal auch mit Vertretern der AfD.

Die Schülerinnen sagen, im Café, sie hätten jetzt wieder Lust auf Politik, ihr Interesse sei geweckt.

Die AfD in Sachsen ist radikaler denn je. Und will im kommenden Jahr die Landtagswahl gewinnen

VON ANNE HÄHNIG UND VALERIE SCHÖNIAN

Die eine Gruppe, das sind in Sachsens AfD die verhältnismäßig liberalen Kräfte, die gern eine Art sächsische CSU bilden würden: konservativ im Geist, vernünftig im Miteinander und hart, aber nicht niveaulos im Ton. Sie nennen sich »Alternative Mitte« und sind inzwischen eher eine Minderheit. Die andere Gruppe, das sind die Radikalen. Die, die sich auch mal an Demonstrationen beteiligen, bei denen »Volksverräter« gerufen wird oder »Lügenpresse«. Die sich für Björn Höcke begeistern, Thüringens AfD-Chef; bei denen auch Begeisterung zu wecken ist, wenn beispielsweise Jens Maier (siehe Text oben) erklärt, dass es die NPD gewesen sei, die in der Vergangenheit als einzige Partei immer geschlossen zu Deutschland gestanden habe.

Diese beiden Gruppen soll Urban nun zusammenführen. Und vor allem: zu einer Partei formen, die in der Lage ist, eine Landtagswahl zu gewinnen.

Auffällig ist, dass Urban versucht, programmatisch so vage wie nur möglich zu bleiben. Er wolle alle Strömungen einigen, verkündete er. Aber wie genau das zusammenzubringen ist: sich radikaleren Kräften zu öffnen und gleichzeitig Regierungsverantwortung zu übernehmen, das beantwortete er nicht. Wenn man Frauke Petry auf Urban anspricht, dann beschreibt sie ihn als einen, der »immer beliebiger« gewesen sei. »Wenn die Basis Pegida toll findet, wird Jörg Urban Pegida toll finden«, sagt sie. »Er wird sich immer den Strömungen der Basis hingeben.« Sie, Petry, beobachte in Sachsen vor allem einen »voranschreitenden Höcke-Flügel«.

Urban selber mühte sich am Parteitag nicht einmal, die Grenzen seiner Macht zu verschweigen. Dass er allerdings unumwunden zugab, selber womöglich nicht einmal der Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl werden zu können, das hat selbst langjährige AfD-Mitglieder gewundert. Beim Parteitag wies er aus freien Stücken darauf hin, dass seine Wahl »keine Festlegung auf ein Spitzenamt im Wahlkampf« bedeute.

Stattdessen wurde ein anderer Name ins Spiel gebracht: Jörg Meuthen, AfD-Bundessprecher und EU-Parlamentarier.

Das ist, auf den ersten Blick, ein interessanter Gedanke: Meuthen hatte sich im Wahlkampf an der Demontage Petrys beteiligt, indem sich er ohne ihr Wissen für Wahlkampfauftritte in Sachsen gewinnen ließ. Nun denken einige in Sachsens AfD, dass es Meuthen wohl am ehesten zuzutrauen wäre, erster AfD-Ministerpräsident zu werden. »Er hat uns im Wahlkampf immer geholfen, er kommt gut an«, sagt Jörg Urban, wenn man ihn danach fragt. »Das Einzige, was gegen Meuthen spricht, ist, dass er kein Sachse ist.«

Jörg Meuthen sagt, er wolle kein Spitzenkandidat in Sachsen werden

Aber ist das nicht eine ganze Menge? Und was sagt der Nicht-Sachse dazu? Man erreicht Jörg Meuthen am Dienstag im Auto, er kurvt durch Straßburg. Ja, sagt Meuthen am Telefon, er wisse, dass seine Kandidatur kolportiert werde. »Doch da ist nichts dran.« Er habe vielmehr die feste Absicht, die AfD in den nächsten Europa-Wahlkampf zu führen. Er werde aber, das könne er schon versprechen, gerade der sächsischen AfD jede erdenkliche Unterstützung angeheihen lassen. Mit dem Ausgang des Parteitages und der neuen Führung sei er »sehr zufrieden«.

Nun, die neue Führung ist es, die sich Pegida annähern will. Obwohl der Bundesvorstand ein offizielles Pegida-Kooperationsverbot verhängt hat. Dazu will sich Jörg Meuthen nicht weiter äußern. Nur: Man werde darüber im Bundesvorstand beraten. Gut möglich also, dass Lutz Bachmanns Besuch bei der AfD erst einer von vielen war.

Und gut möglich, dass diese Partei noch weitere Überraschungen hervorzaubern wird in den kommenden Monaten bis zur Landtagswahl.

ANZEIGE

Erich Kissing und Kerstin

Maler und Modell

04.02. – 01.05.2018

Hamburger Straße 40 • D-18069 Rostock
www.kunsthallerostock.de
Di-So 11-18 Uhr • Mo geschlossen

Kunsthalle Rostock

Stil: Peter von der Kumpel/td, Zeichnung: Erich Kissing/td, Foto: Kerstin Kissing/td, Foto: Kerstin Kissing/td, Foto: Kerstin Kissing/td